

so drohte schon jetzt ein Krieg zwischen den beiden Mächten auszubrechen. Aber durch eine Conferenz zu London (Mai 1867) wurde der Streit ausgeglichen; Preussen räumte die Festung, und es wurde bestimmt, dass die Festungswerke geschleift werden sollten. Der Versuch Napoleons auf Kosten Belgiens neue Erwerbungen zu machen und dadurch ohne Mühe seinen wankenden Thron zu stützen, scheiterte an dem Widerstande des preussischen Cabinets. Die Unzufriedenheit des Volkes mit einer Regierung, welche unter dem Scheine der Freiheit eine vollständig unumschränkte Herrschaft führte, wurde endlich so gröss, dass der Kaiser ein liberales Ministerium unter Ollivier berief und durch einen Senatsbeschluss eine Aenderung der Verfassung vorschlagen liess, wonach die gesetzgebende Macht zwischen dem Kaiser, dem Senate und dem gesetzgebenden Körper getheilt und jede Verfassungsveränderung der Bestätigung des ganzen Volkes unterworfen sein sollte. Die neue Verfassung wurde durch ein Plebiscit vom 8. Mai 1870 genehmigt. Die Regierung hatte zwar eine überwiegende Stimmenmehrheit für ihre Vorschläge; doch hatten die grossen Städte wie Paris und Lyon und selbst ein Theil der Armee gegen den Senatsbeschluss gestimmt. Daher glaubte der Kaiser durch einen Krieg gegen Deutschland die Blicke der kriegslustigen Nation nach aussen richten zu müssen. Zum Anlass nahm er die von den Spaniern beabsichtigte Erhebung des Prinzen Leopold von Hohenzollern auf den spanischen Thron (vgl. S. 285). Er liess durch seinen Botschafter den Grafen Benedetti an den König Wilhelm von Preussen im Bade Ems das Ansinnen stellen, dem Prinzen von Hohenzollern die Annahme der spanischen Krone zu verbieten. Als der Prinz freiwillig zurücktrat, verlangte dennoch der französische Botschafter, der König solle auch für alle Folgezeit die Erhebung des Prinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron verhindern. Diese sonderbare Zumuthung wies der König zurück. Alsbald erfolgte jetzt die französische Kriegserklärung, 19. Juli. Der sofort nach Berlin berufene Reichstag, am 19. Juli vom Könige selbst mit einer feierlichen Ansprache eröffnet, bewilligte eine Bundesanleihe zur Aufbringung der Kriegskosten. Auch die süddeutschen Regierungen stellten nach dem Vor-